

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 30 (1983)
Heft: 7-8

Rubrik: Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Einteilung von Ausländern in den Zivilschutz

Eine Stellungnahme des Bundesamtes für Zivilschutz

In verschiedenen offiziellen Anfragen wie auch in privaten Briefen an das Bundesamt für Zivilschutz wird immer wieder die Frage nach der Einteilung von Ausländern in die örtlichen Schutzorganisationen und Betriebschutzorganisationen angeschnitten. Betroffene Ausländer wie «besorgte Schweizer» äussern ihre Meinung auch in Leserbriefen an Zeitungen. Die häufigsten Argumente für eine Einteilung oder gegen eine Einteilung: Die Ausländer rügen das fehlende Stimmrecht, wenn eine Einteilung in den Zivilschutz möglich ist, die Schweizer halten dem entgegen, in einem Kriegs- und Katastrophenfall dürfe niemand abseits stehen, denn Ausländer wie Schweizer bedürften dann der Hilfe. Am letzten Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzämter gab Direktor Hans Mumenthaler die folgende Auffassung des Bundesamtes für Zivilschutz zum Problem Einteilung der Ausländer in den Zivilschutz bekannt:

1. Schon Art. 22^{bis} Abs. 4 der Bundesverfassung (BV) und auch Art. 34 Abs. 1 Zivilschutzgesetz (ZSG) – welcher die Schutzdienstpflicht der Männer statuiert – machen keinen Unterschied zwischen Schweizern

und Ausländern. Sie sprechen einfach von Männern, dies im Gegensatz zu Art. 18 BV, welcher sagt: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig», und zu Art. 41 ZSG, in welchem zwischen Schweizern und Ausländern ausdrücklich unterschieden wird.

Der in Art. 22^{bis} Abs. 4 BV und im ZSG verwendete Ausdruck «Männer» umfasst demzufolge Schweizer und Ausländer; deshalb sind Ausländer nach Art. 34 Abs. 1 ZSG

«für Männer beginnt die Pflicht, Schutzdienst zu leisten, mit der Vollendung des 20. Altersjahres» im Gegensatz zur Armee von einer möglichen Dienstleistungsverpflichtung nicht ausgeschlossen.

Die Ausländer sind indessen nicht unbeschränkt schutzdienstpflichtig, da gemäss Art. 41 Abs. 2 und 3 folgende Einschränkungen gelten:

- «in örtliche Schutzorganisationen werden in der Regel nur Schweizer eingeteilt»;
- «in die Betriebsschutz- und Schutzraumorganisationen können auch ausländische Staatsangehörige und Staatenlose eingeteilt werden, jedoch in der Regel nicht als Vorgesetzte».

Das BZS hat die (allerdings bis zur Gesetzesrevision von 1977 auf die Betriebsschutzorganisationen [BSO] und Hauswehren beschränkte) Schutzdienstpflicht der Ausländer von jeher bejaht und hat schon in seinen Richtlinien über die Erfassung und Einteilung der für den Zivilschutz benötigten Personen vom 1. Oktober 1964 in Anwendung des damaligen Art. 41 ZSG in Art. 2 Abs. 1 bestimmt: «Zum Schutzdienst... können verpflichtet werden: ...8. Männliche ausländische Staatsangehörige: In der Hauswehr oder im Betriebsschutz, jedoch in der Regel nicht als Vorgesetzte.»

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass das BZS auch die «Kann-Vorschrift» in Art. 40 ZSG über die Funktionsübernahme schon immer so ausgelegt hat, dass hiermit den Behörden die Kompetenz eingeräumt wurde, auf die Betroffenen zu greifen, dass aus dieser Formulierung aber nicht abgeleitet werden könne, die Betroffenen

müssten ihr Einverständnis erteilen.

2. Im weitern hält Art. 44 ZSG fest: «In Zeiten aktiven Dienstes kann der Bundesrat die Schutzdienstpflicht ausdehnen und insbesondere ausländische Staatsangehörige und Staatenlose allgemein der Schutzdienstpflicht unterstellen.»

Die hier gewählte Formulierung, welche die allgemeine Unterstellung der Ausländer unter die Schutzdienstpflicht ausdrücklich als Ausdehnung der Schutzdienstpflicht bezeichnet, bestätigt einerseits die heute schon bestehende beschränkte Schutzdienstpflicht der Ausländer. Andererseits ist aus dieser Formulierung zu folgern, dass es nicht angeht, die in Art. 41 Abs. 2 ZSG vorgesehene Ausnahme zur Regel zu machen. Wir sind mit andern Worten der Meinung, dass Ausländer im schutzdienstpflichtigen Alter nicht generell in die örtliche Schutzorganisation (OSO) ihrer Gemeinde eingeteilt werden können, wie dies anscheinend heute in gewissen Gemeinden erfolgt. Hiezu bedürfte es der allgemeinen Ausdehnung der Schutzdienstpflicht durch den Bundesrat.

Der Bundesrat hat denn auch zum neuen Art. 41 Abs. 2 ZSG in seiner Botschaft ausgeführt: «Auf Wunsch verschiedener Kantone (vorwiegend sind es Grenzkantone) wird die Möglichkeit geschaffen – ausnahmsweise – auch Ausländer in die örtlichen Schutzorganisationen einzuteilen.»

Ausländer sollen und dürfen somit nur ausnahmsweise in die OSO eingeteilt werden, und der schon in der Botschaft vom 6. Oktober 1961 zum ZSG ausgesprochene Grundsatz, dass sich die Ausländer «in ihrem natürlichen Lebenskreis im Zivilschutz betätigen» sollen, ist weiterhin als Richtschnur zu betrachten.

Eine Umschreibung, für welche Funktionen Ausländer in einer OSO eingeteilt werden könnten, ist allerdings weder nötig noch möglich. Grundsätzlich kommen hiezu alle Funktionen in Frage, ausgenommen diejenigen von Vorgesetzten. Die Rekrutierung sollte sich aber auf Funktionen im Zivilschutz beschränken, die nicht anders abgedeckt werden können. Vor allem gilt es, eine rechtsungleiche Behandlung und den Vorwurf der Willkür zu vermeiden. Dies kann am besten damit erreicht werden, dass mit den einzuteilenden Ausländern vorher gesprochen wird und nur diejenigen ausgewählt wer-



...für die Bau-Austrocknung mietet man ihn schnell!

Vermietung und Verkauf:
G. Kull AG, 8003 Zürich
Zurlindenstrasse 215a

Telefon
01 242 82 30
01 241 50 41

den, die sich damit einverstanden erklären. Ein solches Einverständnis bedeutet jedoch nicht, dass es sich um eine freiwillige Übernahme der Schutzdienstpflicht im Sinne von Art. 38ff. ZSG handelt. Somit kann auch die Befristung der freiwillig übernommenen Schutzdienstpflicht auf 5 Jahre (Art. 39 Abs. 2 ZSG) hier nicht gelten.

3. Ähnlich sieht die Situation für die Schutzdienstleistung von Ausländern in Betriebsschutz- und Schutzraumorganisationen aus. Zwar erklärt das Gesetz hier ausdrücklich, dass eine solche Einteilung mit den damit verbundenen Schutzdienstleistungen vorgesehen werden kann. Doch wird auch hier der Betrieb jeweils zu prüfen haben, ob und in welchem Umfange die Notwendigkeit gegeben ist, Ausländer gestützt auf eine gesetzliche Möglichkeit zur Dienstleistung in der betreffenden Organisation zu verpflichten. Eingegrenzt wird im übrigen diese Möglichkeit dadurch, dass Ausländer auch hier in der Regel nicht als Vorgesetzte eingeteilt werden sollten. Dies bedeutet, dass ein Einsatz von Ausländern in

Schutzraumorganisationen mindestens zurzeit die Ausnahme bilden müsste.

4. Der Verpflichtung von Ausländern stehen auch keine völkerrechtlichen Bedenken entgegen, wie aus einer in der «Verwaltungspraxis der Bundesbehörden» (Band 34, Nr.

56) im Abschnitt Landesverteidigung unter dem Titel «Völkerrechtskonformität der Zivildienstpflicht für Ausländer» veröffentlichten Stellungnahme des damaligen Eidgenössischen Politischen Departements, vom 21. April 1967, hervorgeht.

Dienstleistungspflicht der Ausländer gemäss ZSG

Grundsatz:

Art. 34 Abs. 1

«Für Männer beginnt die Pflicht, Schutzdienst zu leisten, mit der Vollendung des 20. Altersjahres und dauert bis zum zurückgelegten 60. Altersjahr.»

Einschränkungen:

Art. 41 Abs. 2

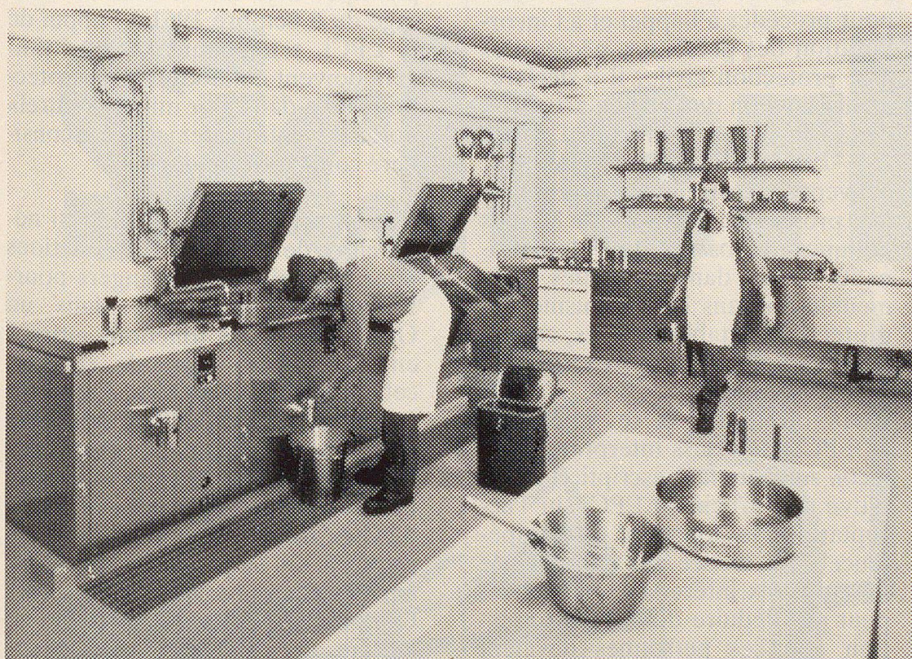
«In örtliche Schutzorganisationen werden in der Regel nur Schweizer eingeteilt.»

Art. 41 Abs. 3

«In die Betriebsschutz- und Schutzraumorganisationen können auch ausländische Staatsangehörige und Staatenlose eingeteilt werden, jedoch in der Regel nicht als Vorgesetzte.»

Art. 44

«In Zeiten aktiven Dienstes kann der Bundesrat die Schutzdienstpflicht ausdehnen und insbesondere ausländische Staatsangehörige und Staatenlose allgemein der Schutzdienstpflicht unterstellen.»



Franke baut vorschrifts- gerechte Militär- und Zivilschutz- sowie Gemeinde- küchen.

Wir bieten eine fachliche Beratung bei der Planung und Einrichtung, ein komplettes Programm an Küchenanlagen und Küchenzubehörartikeln sowie eine einwandfreie Montage und einen prompten Service.



**– damit auf jeden Fall
vorgesorgt ist.**

Informations-Coupon

Bitte senden Sie uns ausführliches Dokumentationsmaterial über Militär-, Zivilschutz- und Gemeindegemeinden.

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: Franke AG, 4663 Aarburg

L'incorporation d'étrangers dans la protection civile

Une prise de position de l'Office fédéral de la protection civile

Dans de nombreuses interpellations officielles et dans des lettres de particuliers à l'Office fédéral de la protection civile, on ne manque pas de toujours soulever la question de l'incorporation d'étrangers dans les organismes locaux de protection et dans les organismes de protection d'établissement. Des étrangers comme des Suisses soucieux du problème expriment aussi leur opinion dans des journaux sous la rubrique du courrier des lecteurs. Les arguments avancés le plus souvent pour ou contre une incorporation sont les suivants: les étrangers font allusion à l'absence du droit de vote et trouvent à redire à une éventuelle incorporation dans la protection civile. Les Suisses objectent qu'en cas de guerre et de catastrophe, personne ne devrait rester à l'écart; les étrangers comme les Suisses auraient besoin d'aide.

Lors du dernier rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile, Monsieur le directeur Mumenthaler donna connaissance de la conception ci-après de l'Office fédéral de la protection civile au sujet du problème de l'incorporation des étrangers dans la protection civile.

1. Déjà l'article 22^{bis}, 4^e alinéa de la Constitution fédérale (cst.) et l'article 34, 1^{er} alinéa de la loi sur la protection civile (LPCi) – qui instaure l'obligation pour les hommes de servir dans la protection civile – ne font aucune distinction entre Suisses et étrangers. On y parle simplement d'hommes, contrairement à l'article 18 cst. qui dit: «Tout Suisse est tenu au service militaire» et à l'article 41 LPCi qui distingue expressément les Suisses des étrangers.

Le terme «hommes» utilisé à l'article 22^{bis} cst. et dans la LPCi s'applique par conséquent aux Suisses et aux étrangers. D'après l'article 34, 1^{er} alinéa LPCi, selon lequel «les hommes sont astreints à servir dans la protection civile dès l'âge de 20 ans révolus...», les étrangers peuvent être obligés de servir dans la protection civile, ce qui n'est pas le cas pour l'armée.

Mais, selon la teneur de l'article 41, les étrangers ne sont pas obligés

sans restriction de servir dans la protection civile. Car cet article renferme, aux alinéas 2 et 3, les limitations suivantes:

- «En principe, seuls les ressortissants suisses seront incorporés dans les organismes locaux de protection.»
- «Les étrangers et les apatrides peuvent également être incorporés dans les organismes de protection d'établissement et dans les organismes d'abri, mais ne peuvent en général y exercer une fonction de chef.»

L'OFPC s'est prononcé de tout temps en faveur de l'obligation pour les étrangers de servir dans la protection civile – toutefois jusqu'à la révision de la loi en 1977, obligation limitée aux organismes de protection d'établissement (OPE) et aux gardes d'immeuble. Déjà dans ses directives du 1^{er} octobre 1964 pour procéder à l'appel et à l'incorporation des personnes nécessaires à la protection civile, il a déclaré, en application de l'ancien article 41 de la LPCi, au 1^{er} alinéa de l'article 2: «Les personnes suivantes... peuvent être astreintes à servir dans la protection civile: ...8. les hommes ne possédant pas la nationalité suisse, dans les gardes d'immeuble ou dans les organismes de protection d'établissements, cependant, en général, sans y exercer des fonctions de chef.»

Nous observons à ce sujet que l'OFPC a toujours interprété de la façon suivante la prescription facultative de l'article 40 LPCi sur l'acceptation de fonction: la compétence a été laissée aux autorités de recourir aux intéressés, mais on ne peut pas déduire de cette formulation que ces personnes devaient donner leur accord.

2. Par ailleurs, l'article 44 de la LPCi stipule:

«En temps de service actif, le Conseil fédéral peut étendre l'obligation de servir dans la protection civile et notamment y soumettre d'une façon générale les étrangers et les apatrides.»

La formulation choisie ici, qui présente expressément la soumission générale des étrangers à l'obliga-

tion de servir comme une extension de celle-ci, confirme d'une part l'obligation limitée existant déjà aujourd'hui. D'autre part, on doit déduire de cette formulation qu'on n'a pas le droit de faire une règle de l'exception prévue à l'article 41, 2^e alinéa de la LPCi. En d'autres termes, nous sommes d'avis que les étrangers en âge de servir dans la protection civile ne peuvent, d'une manière générale, être incorporés dans l'organisme local de protection de leur commune comme cela semble se produire actuellement dans certaines communes. Pour ce faire, il faudrait que le Conseil fédéral décrète l'extension générale de l'obligation de servir dans la protection civile.

Dans son message relatif à la modification de la LPCi, le Conseil fédéral déclare au sujet du nouvel article 41, 2^e alinéa: «A la demande de plusieurs cantons, avant tout de cantons frontaliers, la possibilité est donnée d'incorporer exceptionnellement des étrangers dans les organismes locaux de protection.»

Ainsi, les étrangers ne doivent et ne peuvent qu'exceptionnellement être incorporés dans les OPL. Le principe, déjà arrêté dans le message du 6 octobre 1961 à l'appui de la LPCi, selon lequel «Les étrangers doivent collaborer à la protection civile dans leur milieu naturel» doit à l'avenir également être considéré comme fil conducteur.

Il n'est toutefois ni possible ni nécessaire de préciser les fonctions pour lesquelles les étrangers pourraient être incorporés dans un OPL. Toutes les fonctions entrent en principe en ligne de compte, celles de chef exceptées. Le recrutement devrait cependant se limiter aux fonctions dans la protection civile qui ne peuvent pas être assumées autrement. Il s'agit avant tout d'éviter un traitement qui viole le principe de l'égalité devant la loi ainsi que le reproche de l'arbitraire. On peut y parvenir au mieux en parlant préalablement aux étrangers à incorporer et en choisissant seulement ceux qui se déclarent d'accord. Un tel assentiment ne signifie cependant pas qu'il s'agit d'une acceptation volontaire de l'obligation de servir dans la protection civile au sens de l'article 38 et suiv. de la LPCi. La limitation à cinq ans surtout de la durée de l'obligation de servir, acceptée volontairement (art. 39, 2^e alinéa LPCi), ne peut pas s'appliquer en l'occurrence.

3. La situation se présente de manière analogue pour le service de protection civile d'étrangers dans des organismes de protection d'établissement et dans les organismes d'abri. Certes, la loi déclare ici expressément qu'une telle incorporation, accompagnée des prestations qui en découlent, peut être prévue dans les services de protection y relatifs. L'établissement devra cependant examiner chaque fois aussi si et dans quelle mesure il est nécessaire d'obliger des étrangers, en s'appuyant sur une possibilité légale, à servir dans l'organisation concernée. Cette possibilité est d'ailleurs limitée du fait que les étrangers ne devraient généralement pas y exercer des fonctions de chef. Cela signifie qu'un engagement d'étrangers dans les organismes d'abri devrait, du moins exceptionnellement, constituer l'exception.

4. Aucune considération du droit international public ne s'oppose à l'obligation pour des étrangers, comme il ressort d'une prise de position du 21 avril 1967 de l'ancien

Département politique fédéral, publiée dans la «Jurisprudence des autorités administratives de la Confédération» (fascicule 34 No 56) au paragraphe «Défense natio-

nale» sous le titre «Compatibilité avec le droit international public de l'obligation imposée aux étrangers de participer à un service civil».

Obligation pour des étrangers de servir dans la protection civile selon la LPCi

Principe:

Article 34, 1^{er} alinéa

«Les hommes sont astreints à servir dans la protection civile dès l'âge de 20 ans révolus jusqu'à l'âge de 60 ans révolus.»

Limitations:

Article 41, 2^e alinéa

«En principe, seuls des ressortissants suisses seront incorporés dans les organismes locaux de protection.»

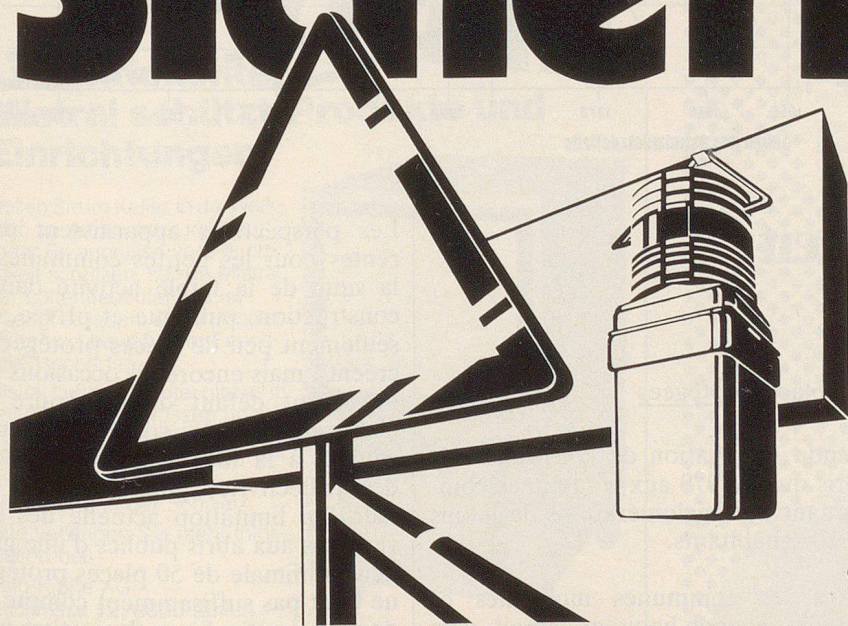
Article 41, 3^e alinéa

«Les étrangers et les apatrides peuvent également être incorporés dans les organismes de protection d'établissement et dans les organismes d'abri, mais ne peuvent en général y exercer une fonction de chef.»

Article 44

«En temps de service actif, le Conseil fédéral peut étendre l'obligation de servir dans la protection civile et notamment y soumettre d'une façon générale les étrangers et les apatrides.»

Sicherheit



Signalisation
Absperrmaterial
Baustellenlampen

sicher isch sicher

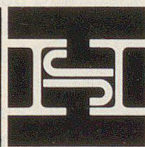


Adolf Locher AG

Stahlhandel Bauwerkzeuge

8107 Buchs/ZH
9450 Altstätten/SG
7000 Chur

Tel. 01 844 00 66
Tel. 071 75 25 25
Tel. 081 24 54 54



Hauser AG Eisen

9001 St. Gallen
8401 Winterthur
8808 Pfäffikon/SZ
8280 Kreuzlingen

Tel. 071 22 88 75
Tel. 052 23 14 31
Tel. 055 48 43 43
Tel. 072 72 77 07

Der Abbau des Schutzplatzdefizits im Zivilschutz

Bisheriger und geschätzter künftiger Abbau des Schutzplatzdefizits

Im Kapitel 414 des Zwischenberichts des Bundesrates zum Stand des Zivilschutzes – dieser ist auf der INFO des BZS erhältlich – zeigt eine Tabelle, dass das Schutzplatzdefizit seit 1965 stetig abgebaut werden konnte. Die kleineren Gemeinden weisen indessen gegenüber den grösseren einen zunehmenden Rückstand auf. Dies rührt davon her, dass die Bautätigkeit in den kleineren Gemeinden geringer ist und dass der Bund die Gemeinden mit Siedlungen unter 1000 Einwohnern erst 1978 der Pflicht unterstellte, Schutzräume zu bauen.

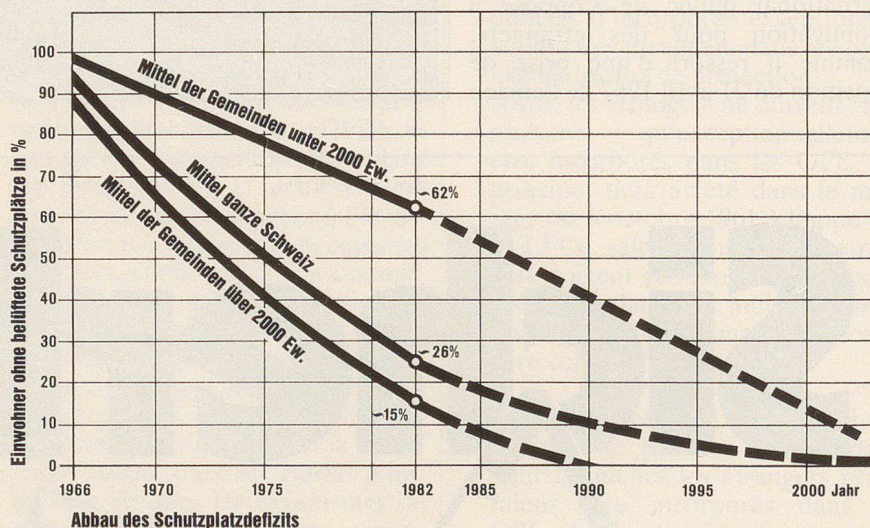
In den grösseren Gemeinden dürfte bis gegen 1990 für alle Einwohner ein Schutzplatz in der Nähe ihrer Wohnung vorhanden sein, insbesondere, wenn entsprechend dem örtlichen Bedarf neben den Pflichtschutzplätzen auch weiterhin genügend öffentliche Schutzplätze erstellt werden.

Anders sehen die Perspektiven für die kleineren Gemeinden aus. Als Folge der geringen privaten und öffentlichen Bautätigkeit entstehen nicht nur wenige Pflichtschutzplätze, sondern es fehlen auch weitgehend die Gelegenheiten, im Zusammenhang mit Bauvorhaben der öffentlichen Hand kostengünstig öffentliche Schutzräume zu erstellen. Zudem trägt die heutige Begrenzung beitragsberechtigter öffentlicher Schutzräume auf eine Mindestgrösse von 50 Schutzplätzen den besonderen Gegebenheiten der kleinen

Gemeinden zu wenig Rechnung. Im Rahmen der für die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen erforderlichen Änderungen der Zivilschutzgesetze sollen deshalb in Kleinstgemeinden und Gemeinden mit Kleinstsiedlungen öffentliche Schutzräume neu auch ab 25 Schutzplätzen als beitragsberechtigt anerkannt werden.

Mit dem Ziel, Schutzplatzüberangebote zu vermeiden und den Schutzplatzausgleich innerhalb der Gemeinde und des Kantons zu fördern, bereitet der Bundesrat zurzeit eine Anpassung der Schutzbautenverordnung vor. Dabei geht es darum, die bundesrechtlichen Voraussetzungen zu schaf-

fen, dass die Kantone den privaten Schutzraumbau im Einvernehmen mit den betroffenen Bauherren entsprechend den tatsächlichen, von Gemeinde zu Gemeinde zum Teil unterschiedlichen Schutzplatzbedürfnissen steuern können. Wird einem Bauherrn unter bestimmten Voraussetzungen – zum Beispiel weil im betreffenden Gebiet bereits genügend Schutzplätze vorhanden sind – bewilligt, dass er keinen Schutzraum zu bauen braucht, hat er der Gemeinde nach geltendem Recht für jeden nicht zu erstellenden Schutzplatz einen Ersatzbeitrag zu leisten. Neu sollen die Kantone nun ohne besondere Auflagen anordnen können, dass diese Ersatzbeiträge neben der Erstellung und Ausrüstung öffentlicher Zivilschutzbauten in der eigenen Gemeinde auch zur ganzen oder teilweisen Deckung des Gemeindeanteils der Erstellung und Ausrüstung öffentlicher Zivilschutzbauten in anderen, finanzschwachen Gemeinden verwendet werden.



La réduction du déficit en places protégées

Réduction réalisée et estimation du déficit en places protégées

Au chapitre 414 du Rapport intermédiaire sur l'état de préparation de la protection civile (ce rapport peut être commandé à l'INFO de l'OFPC), il ressort d'une figure que le manque de places protégées a été constamment réduit depuis 1965. Le retard existant dans les petites communes augmente toutefois par rapport à celui des plus grandes. Cela s'explique par deux raisons: d'une part, l'activité de l'industrie du bâtiment est généralement plus faible dans les petites communes et d'autre part, la Confédération n'a

étendu l'obligation de construire des abris qu'en 1978 aux communes comprenant des agglomérations de moins de 1000 habitants.

Dans les communes moyennes et grandes, chaque habitant devrait, vers 1990, disposer d'une place protégée à proximité de son habitation. Ce sera le cas en particulier si, pour répondre aux besoins locaux, on continue à construire suffisamment d'abris publics outre les places protégées obligatoires.

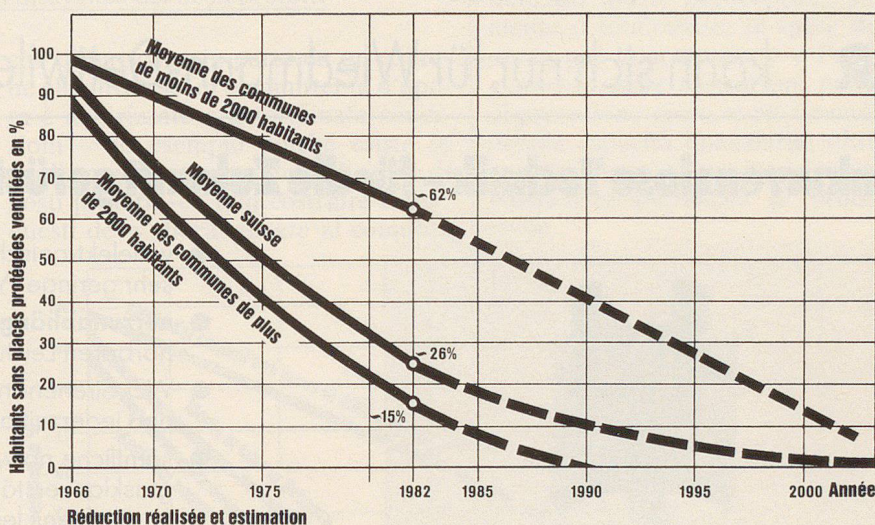
Les perspectives apparaissent différentes pour les petites communes. A la suite de la faible activité dans la construction, publique et privée, non seulement peu de places protégées se créent, mais encore les occasions sont largement défaut de construire des abris publics à des conditions avantageuses, à la faveur de constructions des collectivités publiques. Par ailleurs, la limitation actuelle des subventions aux abris publics d'une grandeur minimale de 50 places protégées ne tient pas suffisamment compte des données particulières des petites communes. Lors des modifications des lois sur la protection civile, que nécessitera la nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, il faudra par conséquent reconnaître comme donnant droit à la subvention les abris publics à partir de 25 places

protégées; cela, dans les plus petites communes et dans celles ayant de petites zones d'habitation.

Afin d'éviter un excédent de places protégées et de favoriser l'équilibre au sein des communes et des cantons, le Conseil fédéral prépare actuellement une modification de l'ordonnance sur les abris. Il s'agit en l'occurrence de créer, au plan fédéral, les conditions légales permettant aux cantons de réglementer la construction d'abris privés, en accord avec les maîtres d'œuvre et selon les besoins effectifs en places protégées, lesquels diffèrent en partie d'une commune à l'autre. Si un maître d'œuvre est autorisé, sous certaines conditions – par exemple parce qu'il existe déjà suffisamment de places protégées dans la région – à ne pas construire d'abri, il doit verser à la commune, selon le droit en vigueur, une contribution de remplacement pour chaque place protégée à laquelle il peut renoncer. Les cantons doivent désormais pouvoir ordonner,

sans dispositions particulières, que de telles contributions de remplacement soient utilisées aussi pour couvrir, partiellement ou totalement, les frais engagés par les communes pour la réalisation et l'équipement de construc-

tions publiques de protection dans d'autres communes, à faible capacité financière, à côté de la réalisation et de l'équipement de constructions publiques de protection sur leur propre territoire.



MISTRAL

Luftentfeuchter Mistral schützt Produkte und Einrichtungen

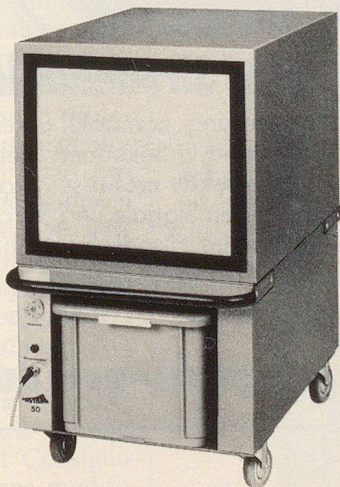
Wollen Sie im Keller, in der Werkstatt, im Archiv oder in einem Lager Erzeugnisse vor Feuchtigkeit schützen, so hilft Mistral. Der Luftentfeuchter Mistral erzeugt an jedem Ort ein ideales Klima und bewahrt vor Feuchtigkeitsschäden.

Mistral Luftentfeuchter gibt es in verschiedenen Grössen und Leistungsstärken. Sie sind zuverlässig, wartungsfrei und solide.

Herstellung in der Schweiz.

Bitte verlangen Sie mehr Information bei.

Roth-Kippe AG
Gutstrasse 12, 8055 Zürich
Tel. 01 461 11 55



roth-kippe ag

Roth-Kippe stellt auch Wäschetrockner, Heizgeräte, Luftbefeuchter und Luftreiniger her.

Hektik. Organisieren. Keine Zeit verlieren. Funken.

Damit Sie unter höchstmöglichen Belastungen Ihren Partner nicht nur hören, sondern richtig verstehen, haben wir das **PA 182-Funkgerät** gebaut. Es ist leicht, klein und doch robust.

Unser Baukasten-Prinzip sorgt für beinahe unendliche Zubehör- und Anwendungsvielfalt.

Für Einsätze mit Sauerstoff-Masken garantiert es, dank einem Maskenmikrophon, sichere Verständigung.

Lassen Sie sich das neue **PA-182** vorführen. Es wird für sich sprechen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie.



Für Funkgeräte, die mehr leisten

ZODIAC®

ZODIAC Communications AG
6064 Kerns
Tel. 041-66 01 01

Riduzione del disavanzo dei posti protetti nella protezione civile

Riduzione attuata e riduzione prevista del disavanzo dei posti protetti

Alla cifra 414 del «Rapporto intermedio sullo stato della protezione civile» (questo opuscolo può essere ottenuto presso il servizio informazioni dell'UFPC), un diagramma mostra chiaramente che dal 1965 il disavanzo dei posti protetti ha potuto essere costantemente ridotto. Nei comuni più piccoli invece si manifesta il fenomeno contrario: qui il disavanzo, rispetto a quello dei comuni più grandi, diventa sempre maggiore. Ciò deriva dal fatto che l'attività edilizia nei comuni meno importanti è più modesta e che la Confederazione ha esteso soltanto nel 1978 l'obbligo di costruire rifugi ai comuni con meno di 1000 abitanti.

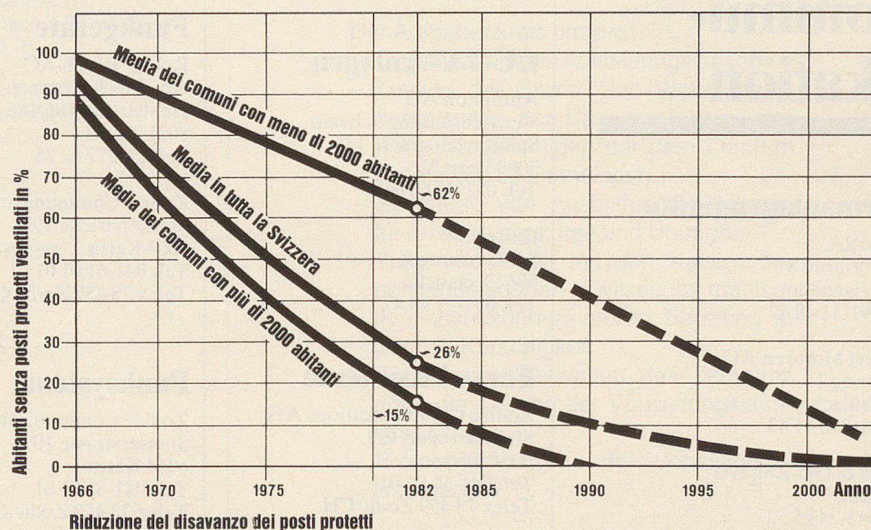
In comuni medi e grandi, ogni abitante dovrebbe, verso l'anno 1990, disporre di un posto protetto in vicinanza dell'abitazione, in particolare se, per rispondere ai bisogni locali, si continuerà a costruire un numero sufficiente di rifugi pubblici oltre ai posti protetti obbligatori.

Le prospettive sono diverse per i comuni più piccoli. In seguito alla debole attività edilizia, pubblica e privata, non soltanto sono creati pochi posti protetti, ma fanno pure parecchio difetto le occasioni di costruire rifugi pubblici, a condizioni finanziarie vantaggiose, in connessione alla costruzione di edifici degli enti pubblici. La limitazione attuale di sussidi per i rifugi pubblici a quelli di grandezza minima di 50 posti protetti, tiene troppo poco conto delle particolari condizioni dei piccoli comuni. In occasione della revisione delle leggi sulla protezione civile, che si renderà indispensabile in relazione alla nuova ripartizione dei compiti tra Confederazione e cantoni, occorrerà di conseguenza riconoscere come aventi diritto al sovvenzionamento anche i rifugi pubblici a partire da 25 posti protetti per i piccoli comuni e per i comuni con agglomerati minuscoli.

Onde evitare un'eccedenza dei posti protetti e favorire l'equilibrio in seno ai comuni e ai cantoni, il Consiglio federale sta approntando una modificazione dell'ordinanza sull'edilizia di protezione civile (RS 520.21). Si tratta di creare le premesse di diritto federale, affinché i cantoni siano in grado di regolamentare la costruzione di rifugi privati, d'intesa con i committenti dell'opera interessati, secondo le necessità effettive in materia di posti protetti,

che differiscono in parte da un comune all'altro. Se un committente d'opera è autorizzato a determinate condizioni – ad esempio poiché esiste in quella regione un numero sufficiente di posti protetti – a non costruire rifugi, questi deve allora versare al comune,

secondo il diritto vigente, un contributo sostitutivo per ogni posto protetto alla cui costruzione egli può rinunciare. I cantoni devono poter ordinare, senza condizioni particolari, che tali contributi sostitutivi abbiano ad essere utilizzati anche per coprire, parzialmente o totalmente, le spese del comune per la costruzione e l'equipaggiamento delle costruzioni pubbliche di protezione civile in altri comuni, di debole capacità finanziaria, oltre alla costruzione e all'equipaggiamento di costruzioni pubbliche di protezione civile.



**WO QUALITÄT
ENTSCHEIDET**

Schweizer
Qualitätsbesteck.
Grosse Auswahl an
klassisch- zeitlosen und
modernen Formen.

Ich möchte
mehr wissen über
Sola-Bestecke. Senden
Sie Prospekte an
meine Adresse:

Z Sola Besteckfabrik AG
6032 Emmen
Tel. 041 55 24 24

sola
das Schweizer
Qualitätsbesteck

BERGER BSW